

# Bundesgesetzblatt <sup>1057</sup>

Teil II

Z 1998

1995

Ausgegeben zu Bonn am 30. Dezember 1995

Nr. 38

Tag	Inhalt	Seite
20. 12. 95	Verordnung zur Inkraftsetzung der Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) und der Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Mosel ..... FNA: 9502-13-6	1058
13. 11. 95	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Generaldirektorat für Jugend und Sport beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei über jugendpolitische Zusammenarbeit .....	1059
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen .....	1062
14. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen .....	1065
15. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial .....	1065
13. 12. 95	Bekanntmachung zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife sowie über die Erhebung von Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren nach dem Internationalen Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL) .....	1066
	Abschlußhinweis .....	1072

*Die Anlage 1 zur Verordnung zur Inkraftsetzung der Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) und der Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Mosel wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.*

**Verordnung**  
**zur Inkraftsetzung der Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2**  
**zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR)**  
**und der Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2**  
**zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Mosel**

Vom 20. Dezember 1995

Auf Grund des § 3 Abs. 1, 2 und 5 in Verbindung mit § 4 Abs. 1, des § 5 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2121), § 3 Abs. 1 geändert durch Artikel 36 des Gesetzes vom 28. Juni 1990 (BGBl. I S. 1221), § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 geändert durch Artikel 8 § 4 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416), und § 1 der Verordnung zur Übertragung fahrgutrechtlicher Ermächtigungen auf den Bundesminister für Verkehr vom 12. September 1985 (BGBl. I S. 1918) verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung von Sachverständigen:

**Artikel 1**

Die von der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt in Straßburg am 18. Mai 1995 beschlossenen Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) und die von der Moselkommission in Trier am 15. November 1995 beschlossenen Änderungen der Anlagen A, B 1 und B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Mosel werden in Kraft gesetzt. Sie werden als Anlage 1 und Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.\*) Die in Satz 1 genannten geänderten völkerrechtlichen Vereinbarungen sind durch die Verordnung vom 21. Dezember 1994 (BGBl. 1994 II S. 3830) in Kraft gesetzt worden.

**Artikel 2**

- (1) Diese Verordnung tritt auf dem Rhein am 1. Januar 1996 in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt auf der Mosel am 1. Juli 1996 in Kraft.
- (3) Von den nach den Absätzen 1 und 2 in Kraft getretenen Vorschriften des ADNR sind die Randnummern 210 284, 210 381 (1) d und (2) c, 210 411, 210 415, 321 225 (2) f letzter Satz, (2) g und (10), 321 226 (1), 331 225 (2) f letzter Satz, (2) g und (10) und 331 226 (1) ausgenommen.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 20. Dezember 1995

Der Bundesminister für Verkehr  
In Vertretung  
Johannes Nitsch

\*) Die Anlage 1 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Anlage 2**  
(zu Artikel 1)

**Beschluß der Moselkommission anläßlich  
ihrer ordentlichen Tagung vom 15. November 1995**

**Verordnung  
über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Mosel  
Änderungen zum revidierten ADNR**

Auf Vorschlag ihres Ausschusses für Schifffahrtspolizei und Fahrwasserbezeichnung nimmt die Moselkommission die diesem Beschluß beigefügten Änderungen betreffend die Anlagen A, B 1 und B 2 sowie die Anhänge 1 bis 5 der Anlage B 2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) an.

Sie bittet die Regierungen der Uferstaaten, diese Änderungen zum 1. Juli 1996 in Kraft zu setzen.

Anlage:  
Änderungen zum revidierten ADNR\*)

---

\*) Vergleiche Fußnote zu Artikel 1 der Verordnung.

---

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend  
der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Generaldirektorat für Jugend und Sport  
beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei  
über jugendpolitische Zusammenarbeit**

**Vom 13. November 1995**

Die in Bonn am 18. April 1994 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Generaldirektorat für Jugend und Sport beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei über jugendpolitische Zusammenarbeit ist nach ihrem Artikel 8

am 10. August 1995

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. November 1995

**Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Im Auftrag  
Dr. Wabnitz**

**Vereinbarung  
zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend  
der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Generaldirektorat für Jugend und Sport  
beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei  
über jugendpolitische Zusammenarbeit**

Das Bundesministerium für Frauen und Jugend  
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Generaldirektorat für Jugend und Sport  
beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei –

auf der Grundlage des Kulturabkommens vom 8. Mai 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkischen Republik,

überzeugt von dem wesentlichen Beitrag der Jugend beim Aufbau von mehr gegenseitigem Verständnis, Toleranz und Zusammenarbeit,

in Erkenntnis der Bedeutung eines guten nachbarschaftlichen Miteinanders zwischen Deutschen und Türken in Deutschland,

in dem Willen, die gegenseitigen jugendpolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auszuweiten und zu vertiefen,

mit dem Ziel, das gegenseitige Kennenlernen der Jugendlichen beider Länder voranzubringen –

haben folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien fördern in jeder Weise die allseitigen Verbindungen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Jugend beider Länder durch Begegnungen, Austausch und Vertiefung der Zusammenarbeit in allen Bereichen der Jugendarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

(2) Die Vertragsparteien eröffnen die Möglichkeit des Jugendaustauschs für Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten und ungeachtet der Sprache, der Religion und der ethnischen Zugehörigkeit. Die Teilnahme an Programmen ist nicht von der Zugehörigkeit zu einem Jugendverband abhängig.

(3) In die Programme und Maßnahmen werden auch in der Bundesrepublik Deutschland lebende türkische Jugendliche einbezogen.

(4) Am Jugendaustausch können grundsätzlich Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren teilnehmen. Unter diese Altersbegrenzung fallen nicht Begleitpersonen sowie Fachkräfte und Multiplikatoren der Jugendarbeit. Weitere Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Vertragsparteien.

(5) Diese Vereinbarung umfaßt nicht den Austausch von Jugendlichen zu Zwecken des Studiums oder der wissenschaftlichen Arbeit, der Berufsausbildung, der Arbeitsaufnahme, den Schüler- und Lehreraustausch sowie den Austausch und die Begegnung auf dem Gebiet des Leistungssports.

#### Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien unterstützen Kontakte, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den in der Jugendarbeit tätigen Organisationen.

(2) Die Jugendverbände und Jugendgruppen sowie die in der Jugendarbeit tätigen Institutionen und Organisationen führen die Programme aufgrund direkter Absprachen und in eigener Verantwortung durch.

#### Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien unterstützen insbesondere folgende Arten und Formen der jugendpolitischen Zusammenarbeit:

1. Jugendtreffen zum vertiefenden gegenseitigen Kennenlernen und zur besseren Verständigung;
2. gemeinsame Seminare und Veranstaltungen über politische, soziale, geschichtliche, landeskundliche, kulturelle sowie wirtschaftliche Themen;
3. freiwillige gemeinsame Arbeiten der Jugend zu Zwecken des Gemeinwohls (work-camps);
4. gemeinsame Maßnahmen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Denkmalschutzes;
5. gemeinsame Veranstaltungen mit behinderten Jugendlichen und Fachkräften der Arbeit mit Behinderten;
6. Begegnungen und Erfahrungsaustausch im Bereich der sportlichen Jugendarbeit;
7. Begegnungen und Erfahrungsaustausch zwischen jungen Erwerbstätigen;
8. gemeinsame Maßnahmen im Bereich der geistes- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Jugendbildung;
9. Austausch von Jugendgruppen im Rahmen von kommunalen und regionalen Beziehungen;
10. gemeinsame Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Jugendpolitik und der Jugendforschung;
11. gemeinsame Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der Jugendarbeit und Vertreterinnen und Vertreter von Jugendorganisationen und Jugendverbänden;
12. Austausch von jungen Journalistinnen und Journalisten sowie von Vertreterinnen und Vertretern aus Jugendmedien.

(2) Die Dauer der Veranstaltungen soll mindestens fünf und höchstens dreißig Tage betragen. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Vertragsparteien.

(3) Die Vertragsparteien vereinbaren einen regelmäßigen Austausch von Informationen über neuere Entwicklungen im Bereich der Jugendpolitik und Jugendarbeit in ihren Ländern.

#### Artikel 4

(1) Zur Durchführung dieser Vereinbarung, zur Auswertung der jugendpolitischen Zusammenarbeit, zur Koordinierung der Programme und Maßnahmen, zur Anregung neuer Partnerschaften sowie zur Festlegung von Schwerpunkten der jugendpolitischen Zusammenarbeit und ihrer zukünftigen Entwicklung wird ein gemischter deutsch-türkischer Fachausschuß gebildet.

(2) Dem gemischten Fachausschuß gehören je bis zu fünf Personen von beiden Seiten an. Der deutsche beziehungsweise der türkische Vorsitz liegt bei der jeweils für Jugendfragen zuständigen Regierungsstelle.

(3) Der gemischte Fachausschuß tritt jährlich zusammen, abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Türkei. Der Vorsitz des Fachausschusses liegt jeweils auf Seiten der gastgebenden Vertragspartei. Entscheidungen des gemischten Fachausschusses werden im gegenseitigen Einvernehmen getroffen. Zur vertiefenden Auswertung und zur Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit können bei Bedarf Tagungen und Kolloquien veranstaltet werden.

(4) Die Mitglieder des gemischten Fachausschusses werden jeweils für den Zeitraum von drei Jahren berufen; wiederholte Berufungen sind möglich.

#### Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien stellen für den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit der Organisationen und Institutionen im Jugendbereich öffentliche Mittel nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften zur Verfügung.

(2) Die Vertragsparteien sind bestrebt, die finanziellen Rahmenbedingungen für die jugendpolitische Zusammenarbeit zu verbessern.

#### Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren die devisaunabhängige Durchführung des Austauschs. Für die Programme und Maßnahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit gilt grundsätzlich:

a) Die empfangende Seite trägt die Kosten für den Aufenthalt, die Kosten für das Programm und gegebenenfalls der Reisen, die zum Programm gehören. Sie verpflichtet sich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Dauer des Aufenthalts gegen Unfall, Erkrankung und Schadensersatzansprüche zu versichern. Ausgenommen hiervon sind chronische Erkrankungen und Zahnersatz. Wenn nicht anders vereinbart, stellt die gast-

gebende Seite eine Dolmetscherin/eine Sprachmittlerin beziehungsweise einen Dolmetscher/einen Sprachmittler.

b) Die entsendende Seite trägt die Kosten für die Hinreise zu dem Ort des gemeinsamen Programmbeginns sowie für die Rückreise.

(2) Die deutsche Seite erteilt den türkischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Austausch die Visa kostenfrei.

(3) Für die türkischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an bildungspolitischen, kulturellen und Sportprogrammen übernimmt die türkische Seite die Ausreisesteuer.

#### Artikel 7

(1) Diese Vereinbarung schließt nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer oder zusätzlicher Kontakte und Vorhaben in der beiderseitigen jugendpolitischen Zusammenarbeit aus.

(2) Diese Vereinbarung berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften.

#### Artikel 8

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Eingang der letzten Mitteilung angesehen.

#### Artikel 9

Diese Vereinbarung wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Sie verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere fünf Jahre, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 18. April 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und türkischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium für Frauen und Jugend  
der Bundesrepublik Deutschland  
Angela Merkel

Für das Generaldirektorat für Jugend und Sport  
beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei  
Sükrü Erdem

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens der Vereinten Nationen  
gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen**

Vom 14. November 1995

I.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (BGBl. 1993 II S. 1136) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kolumbien <sup>1)</sup>	am 8. September 1994
Tschad	am 7. September 1995.

Es wird außerdem für

St. Lucia	am 19. November 1995
Usbekistan	am 22. November 1995

in Kraft treten.

<sup>1)</sup> Vgl. Abschnitt II.

II.

Kolumbien hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde die folgenden Vorbehalte und Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: Espagnol)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

**Réserves**

**Vorbehalte**

- |  |   |
|--|---|
| <p>«1. La Colombie n'est pas liée par les paragraphes 6 et 9 de l'article 3 et par l'article 6 de la Convention, qui sont contraires à l'article 35 de sa constitution politique qui interdit l'extradition de Colombiens de naissance.</p> <p>2. En vertu du paragraphe 7 de l'article 5 de la Convention, la Colombie ne se considère pas comme tenue de renverser la charge de la preuve.</p> <p>3. La Colombie formule une réserve à l'égard des sous-paragraphes b), c), d) et e) du paragraphe 1 de l'article 9 de la Convention dans la mesure où elle s'oppose à l'autonomie et à l'indépendance des autorités judiciaires en matière d'enquête et de jugement des infractions.»</p> | <p>„1. Kolumbien ist durch Artikel 3 Absätze 6 und 9 und Artikel 6 des Übereinkommens nicht gebunden, die im Widerspruch zu Artikel 35 der kolumbianischen Verfassung stehen, der die Auslieferung von Kolumbianern, die ihre Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben haben, verbietet.</p> <p>2. Kolumbien betrachtet sich durch Artikel 5 Absatz 7 des Übereinkommens nicht als verpflichtet, die Beweislast umzukehren.</p> <p>3. Kolumbien bringt einen Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben b, c, d und e des Übereinkommens an, soweit er im Widerspruch zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Gerichte im Bereich der Ermittlung und Entscheidung im Zusammenhang mit Straftaten steht.“</p> |
|--|---|

**Déclarations**

**Erklärungen**

- |  |  |
|--|--|
| <p>«1. Aucune disposition de la Convention ne saurait être interprétée comme faisant obligation à la Colombie d'adopter des mesures législatives, judiciaires, administratives ou autres de nature à porter atteinte à son ordre constitutionnel et légal ou allant au-delà des dispositions des traités auxquels l'État colombien est partie.</p> | <p>„1. Das Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als verpflichte es Kolumbien, gesetzgeberische, gerichtliche, verwaltungstechnische oder sonstige Maßnahmen zu treffen, die seine Verfassungs- und Rechtsordnung beeinträchtigen oder über die Bestimmungen der Verträge hinausgehen, deren Vertragspartei der kolumbianische Staat ist.</p> |
|--|--|

2. La Colombie estime que la criminalisation de la culture de la feuille de coca doit aller de pair avec une politique de développement de remplacement qui tienne compte des droits des collectivités indigènes concernées et de la protection de l'environnement. Dans le même sens, elle considère que le traitement discriminatoire, inéquitable et restrictif réservé à ses produits agricoles d'exportation sur les marchés internationaux, loin de favoriser la lutte contre les cultures illicites est, au contraire, à l'origine de la détérioration de la situation sociale et écologique dans les zones visées. De même, l'État colombien se réserve le droit d'évaluer en toute autonomie l'incidence sur l'environnement des politiques de lutte contre le trafic des stupéfiants dans la mesure où celles d'entre elles qui ont des conséquences néfastes pour les écosystèmes vont à l'encontre de sa constitution.
2. Kolumbien vertritt die Auffassung, daß die nach dem Übereinkommen vorgesehene Behandlung des Anbaus des Cocablatts als Straftat mit einer Politik der Entwicklung von Ersatzkulturen in Einklang stehen muß, welche die Rechte der betroffenen einheimischen Bevölkerung und den Schutz der Umwelt berücksichtigt. Im übrigen ist Kolumbien der Auffassung, daß die diskriminierende, ungerechte und restriktive Behandlung seiner landwirtschaftlichen Ausfuhrerzeugnisse auf den internationalen Märkten nicht zur Bekämpfung des unerlaubten Anbaus beiträgt, sondern vielmehr die Ursache der Verschlechterung der sozialen und ökologischen Lage in den betroffenen Gebieten ist. Außerdem behält sich der kolumbianische Staat das Recht auf eine unabhängige Bewertung der ökologischen Auswirkungen von Maßnahmen zur Bekämpfung des Verkehrs mit Suchtstoffen vor, soweit diejenigen Maßnahmen, die negative Auswirkungen auf die Ökosysteme haben, im Widerspruch zu seiner Verfassung stehen.
3. La Colombie entend appliquer les dispositions du paragraphe 7 de l'article 3 de la Convention conformément aux prescriptions de son système pénal et en tenant compte des avantages de ses politiques touchant la soumission à la justice des auteurs présumés d'infractions et leur collaboration avec celle-ci.
3. Kolumbien wird Artikel 3 Absatz 7 des Übereinkommens in Übereinstimmung mit seinem Strafrecht und unter Berücksichtigung der Vorteile seiner Politik auf dem Gebiet der strafrechtlichen Verfolgung von Verdächtigen und der Zusammenarbeit mit ihnen anwenden.
4. Il ne sera fait droit à aucune demande d'entraide judiciaire si les autorités colombiennes, y compris les autorités judiciaires, estiment que l'octroi d'une telle assistance est de nature à porter atteinte à l'ordre public ou à l'ordre constitutionnel et légal. En outre, le principe de la réciprocité devra être observé.
4. Einem Rechtshilfeersuchen wird nicht stattgegeben, wenn die kolumbianischen Behörden einschließlich der Gerichte der Meinung sind, daß eine solche Rechtshilfe geeignet ist, die öffentliche Ordnung oder die Verfassungs- und Rechtsordnung zu beeinträchtigen. Außerdem muß der Grundsatz der Gegenseitigkeit gewahrt werden.
5. Selon l'interprétation de la Colombie, le paragraphe 8 de l'article 3 de la Convention n'implique pas l'imprescriptibilité de l'action pénale.
5. Nach dem Verständnis Kolumbiens bedeutet Artikel 3 Absatz 8 des Übereinkommens nicht, daß es keine Verjährung der Strafverfolgung gibt.
6. Les dispositions de l'article 24 de la Convention qui a trait à l'application de mesures plus strictes ou plus sévères que celles prescrites par la Convention ne pourront être interprétées de manière à conférer au Gouvernement des pouvoirs plus étendus que ceux qu'il tire de la Constitution politique colombienne, y compris en cas d'états d'exception.
6. Artikel 24 des Übereinkommens über die Anwendung „strengerer oder schärferer“ Maßnahmen als in dem Übereinkommen vorgeschrieben ist nicht so auszulegen, als verleihe er der Regierung umfassendere Befugnisse als diejenigen, die ihr nach der kolumbianischen Verfassung zustehen, auch im Ausnahmezustand.
7. Selon l'interprétation de la Colombie, l'assistance envisagée à l'article 17 de la Convention ne jouera qu'en haute mer et sur demande expresse et avec l'autorisation du Gouvernement colombien.
7. Nach dem Verständnis Kolumbiens kommt die in Artikel 17 des Übereinkommens vorgesehene Hilfe nur auf hoher See und auf ausdrückliches Ersuchen und mit Genehmigung der kolumbianischen Regierung in Betracht.
8. La Colombie considère comme contraire aux principes et normes du droit international, en particulier aux principes de l'égalité souveraine des États, de l'intégrité territoriale et de la
8. Kolumbien ist der Auffassung, daß jeder Versuch, Personen, die sich im Hoheitsgebiet eines Staates befinden, zu entführen oder unrechtmäßig ihrer Freiheit zu berauben, um sie zum Er-

non-intervention le fait de tenter d'enlever ou de priver illégalement de leur liberté les personnes qui se trouvent sur le territoire d'un État en vue de les amener à comparaître devant les tribunaux d'un autre État.

9. Selon l'interprétation de la Colombie, le transfert des procédures répressives visées à l'article 8 de la Convention s'effectuera de manière à ne pas porter atteinte aux garanties constitutionnelles inhérentes au droit de défense. De même, la Colombie déclare, en ce qui concerne le paragraphe 10 de l'article 6 de la Convention que, en cas d'exécution de peine prononcée par les tribunaux étrangers, il doit être procédé conformément à l'alinéa 2 de l'article 35 de la Constitution politique et aux autres normes légales et constitutionnelles.

Les obligations internationales découlant des sous-paragraphes 1c) et 2 de l'article 3 et de l'article 11 sont souscrites sous réserve du respect des principes constitutionnels colombiens et eu égard aux trois réserves et neuf déclarations ci-jointes qui rendent la Convention conforme à l'ordre constitutionnel colombien.»

scheinen vor den Gerichten eines anderen Staates zu veranlassen, im Widerspruch zu den Grundsätzen und Normen des Völkerrechts steht, insbesondere den Grundsätzen der souveränen Gleichheit, der territorialen Unversehrtheit und der Nichteinmischung.

9. Nach dem Verständnis Kolumbiens erfolgt die in Artikel 8 des Übereinkommens vorgesehene Übertragung von Verfahren zur Strafverfolgung in einer Weise, daß das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht auf Verteidigung nicht beeinträchtigt wird. Darüber hinaus erklärt Kolumbien zu Artikel 6 Absatz 10 des Übereinkommens, daß bei der Vollstreckung einer von einem ausländischen Gericht verhängten Strafe Artikel 35 Absatz 2 seiner Verfassung sowie andere Rechts- und Verfassungsnormen eingehalten werden müssen.

Die sich aus Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 sowie Artikel 11 ergebenden internationalen Verpflichtungen werden vorbehaltlich der Einhaltung der kolumbianischen Verfassungsgrundsätze sowie unter Berücksichtigung der beigefügten drei Vorbehalte und neun Erklärungen, die das Übereinkommen mit der kolumbianischen Verfassungsordnung in Einklang bringen, übernommen.»

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. September 1995 (BGBl. II S. 903).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens  
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke  
im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

**Vom 14. November 1995**

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Lettland am 15. Oktober 1995  
in Kraft getreten.

Venezuela hat nach Artikel 2 des Übereinkommens folgende Zentrale Behörde bestimmt:

„Ministry of Foreign Affairs“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1995 (BGBl. II S. 755).

Bonn, den 14. November 1995

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über den physischen Schutz von Kernmaterial**

**Vom 15. November 1995**

Das Übereinkommen vom 26. Oktober 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial (BGBl. 1990 II S. 326) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Peru am 10. Februar 1995  
in Kraft getreten.

Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hatte Peru folgenden Vorbehalt gemacht:

*(Übersetzung)*

“In accordance with the provisions of Article 17.3 of the Convention, Peru does not consider itself bound by any of the dispute settlement procedures provided for in the Convention.”

„Im Einklang mit Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens betrachtet sich Peru durch keines der im Übereinkommen vorgesehenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten als gebunden.“

“The reservation made by Peru in the instrument of accession ... refers only to the dispute settlement procedures provided for in paragraph 2 of Article 17, in accordance with paragraph 3 of the same article.”

„Im Einklang mit Artikel 17 Absatz 3 bezieht sich der von Peru in der Beitrittsurkunde ... gemachte Vorbehalt nur auf die in Artikel 17 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. März 1995 (BGBl. II S. 299).

Bonn, den 15. November 1995

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung  
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife  
sowie über die Erhebung von Verzugszinsen  
bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren  
nach dem Internationalen Übereinkommen  
über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL)**

Vom 13. Dezember 1995

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten, hat am 11. Dezember 1995 beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1996 die Gebührensätze und Transatlantiktarife sowie der Satz der Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren neu festgelegt werden.

Die Beschlüsse werden hiermit bekanntgemacht nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über die Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) in Verbindung mit § 2 Abs. 2 der FS-Streckengebühren-Verordnung vom 14. April 1984 (BGBl. I S. 629), geändert durch Verordnung vom 10. September 1986 (BGBl. I S. 1524).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. September 1995 (BGBl. II S. 780).

Bonn, den 13. Dezember 1995

Bundesministerium für Verkehr  
Im Auftrag  
Dr. Graumann

**Beschluß Nr. 31  
zur Festlegung der Gebührensätze und Transatlantiktarife  
für den am 1. Januar 1996 beginnenden Erhebungszeitraum**

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL), insbesondere auf dessen Artikel 5 Absatz 2;

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere auf deren Artikel 3 Absatz 1(a) und 2(e) sowie Artikel 6 Absatz 1(a);

faßt folgenden Beschluß:

**Einziges Artikel**

Die in der Anlage zu diesem Beschluß aufgeführten Gebührensätze und Transatlantiktarife werden genehmigt und treten am 1. Januar 1996 in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 11. Dezember 1995

Moritz Leuenberger  
Präsident der erweiterten Kommission

**Gebührensätze (Basissätze)**  
(ab 1. Januar 1996)

Staat	Nationaler Gebühren- satz	Verwal- tungs- kostensatz	Globaler Gebühren- satz	Angewandter Wechselkurs 1 ECU =	
	(1)	(2)	(3) = (1) + (2)		
Belgien/Luxemburg	79,16	0,34	79,50	BEF	38,4076
Deutschland	78,79	0,34	79,13	DEM	1,86783
Frankreich	64,28	0,34	64,62	FRF	6,49970
Vereinigtes Königreich	75,52	0,34	75,86	GBP	0,843181
Niederlande	60,43	0,34	60,77	NLG	2,09247
Irland	24,96	0,34	25,30	IEP	0,819810
Schweiz	87,41	0,34	87,75	CHF	1,55475
Portugal, Lissabon	36,47	0,34	36,81	PTE	196,275
Österreich	68,35	0,34	68,69	ATS	13,1368
Spanien, Kontinent	44,05	0,34	44,39	ESP	161,013
Spanien, Kanarische Inseln	46,34	0,34	46,68	ESP	161,013
Portugal, Santa Maria	9,04	0,34	9,38	PTE	196,275
Griechenland	16,36	0,34	16,70	GRD	303,116
Türkei	32,21	0,34	32,55	TRL	59844,8
Malta	38,67	0,34	39,01	MTL	0,464952
Zypern	18,34	0,34	18,68	CYP	0,591234
Ungarn	17,60	0,34	17,94	HUF	169,950
Norwegen	53,67	0,34	54,01	NOK	8,30090
Dänemark	56,26	0,34	56,60	DKK	7,27576
Slowenien	75,19	0,34	75,53	SIT	152,120
Tschechische Republik	49,53	0,34	49,87	CZK	34,6570

**Tarife ab 1. Januar 1996  
für Flüge gemäß Artikel 8 der Anwendungsbedingungen  
Luftfahrzeuge mit dem Gewichtungsfaktor eins  
(50 metrische Tonnen)**

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
1	2	3
<b>ZONE I</b> – zwischen 14° WL und 110° WL und nördlich von 55° NB, ausgenommen Island	Frankfurt København London Paris Prestwick	1 194,15 538,92 743,18 1 001,36 389,16
<b>ZONE II</b> – zwischen 40° WL und 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Abidjan Amsterdam Athinai Bahrain Båle-Mulhouse Banjul Barcelona Belfast Berlin Birmingham Bordeaux Bristol Bruxelles Bucuresti Budapest Cairo Cardiff Casablanca Dakar Dublin Düsseldorf East Midlands Frankfurt Geneva Glasgow Hamburg Helsinki Istanbul/Atatürk Jeddah Johannesburg, Jan Smuts Kiev København Köln-Bonn Lagos Larnaca Las Palmas, Gran Canaria Leeds and Bradford Lille Lisboa London Luxembourg Lyon Maastricht Madrid Malaga Manchester Manston Marseille Milano Monrovia Moskva München	121,47 872,75 1 125,75 1 672,56 909,79 117,72 687,32 173,99 1 019,83 420,30 521,94 422,32 855,51 1 608,46 1 420,71 1 137,90 293,66 297,32 117,63 135,59 1 041,08 463,53 1 120,59 908,38 253,63 1 033,97 533,43 1 562,05 1 250,08 117,91 1 000,45 712,84 1 008,88 118,28 1 354,30 420,48 414,22 651,94 340,67 499,33 886,55 788,22 818,47 487,88 548,89 381,87 564,47 918,43 1 016,87 117,72 502,21 1 316,03

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
1	2	3
	Nantes	461,25
	Napoli-Capodichino	1 009,43
	Newcastle	397,53
	Nice	1 004,95
	Oostende	636,91
	Oslo	487,36
	Paris	725,25
	Ponta Delgada, Açores	122,13
	Porto	250,87
	Praha	1 263,46
	Prestwick	253,63
	Riyadh	1 510,13
	Roma	1 141,92
	Sal I., Cabo Verde	117,63
	Santa Maria, Açores	130,66
	Santiago, España	224,49
	Shannon	96,14
	Sofia	1 512,54
	Stockholm	428,97
	Stuttgart	1 049,44
	Tel-Aviv	1 453,11
	Tenerife	385,07
	Torino	1 019,80
	Toulouse-Blagnac	671,02
	Venezia	1 115,86
	Warszawa	859,34
	Wien	1 520,55
	Zürich	1 071,12
<b>ZONE III</b> – westlich von 110° WL und zwischen 28° NB und 55° NB	Amsterdam	845,83
	Düsseldorf	957,29
	Frankfurt	1 172,83
	Geneva	1 177,66
	Glasgow	347,44
	Helsinki	447,74
	København	616,61
	Köln-Bonn	984,51
	London	698,68
	Luxembourg	1 072,81
	Madrid	391,65
	Manchester	552,26
	Milano	1 006,87
	Moskva	604,37
	München	1 421,93
	Paris	831,35
	Prestwick	347,44
	Roma	1 006,87
	Shannon	91,59
	Warszawa	570,15
	Zürich	1 261,31
<b>ZONE IV</b> – westlich von 40° WL und zwischen 20° NB und 28° NB, einschließlich Mexiko	Amsterdam	882,40
	Barcelona	765,76
	Berlin	918,86
	Bruxelles	758,60
	Düsseldorf	974,57
	Frankfurt	1 006,31
	Hamburg	943,10
	Helsinki	529,30
	Köln-Bonn	940,04
	Las Palmas, Gran Canaria	527,44
	Lisboa	385,75
	London	589,57
	Luxembourg	955,50

Startflugplatz (oder erster Zielflugplatz) geographische Lage	Erster Zielflugplatz (oder Startflugplatz)	ECU
1	2	3
	Madrid	524,07
	Manchester	357,20
	Milano	895,39
	München	1 168,43
	Paris	662,59
	Praha	1 249,51
	Roma	1 067,43
	Sal I., Cabo Verde	76,82
	Santa Maria, Açores	131,41
	Santiago, España	371,96
	Shannon	165,57
	Wien	1 384,52
	Zürich	985,29
<b>ZONE V</b> - westlich von 40° WL und zwischen Äquator 20° NB	Amsterdam	1 027,75
	Bâle-Mulhouse	1 015,34
	Barcelona	792,81
	Berlin	1 286,85
	Bordeaux	659,37
	Bruxelles	815,22
	Düsseldorf	1 028,41
	Frankfurt	1 063,52
	Glasgow	375,32
	Hamburg	1 051,10
	Hannover	1 073,25
	Helsinki	880,86
	Köln-Bonn	1 026,33
	Las Palmas, Gran Canaria	541,80
	Lisboa	457,25
	London	762,56
	Lyon	911,82
	Madrid	617,24
	Manchester	534,86
	Marseille	1 024,82
	Milano	1 029,50
	München	1 187,49
	Nantes	624,69
	Paris	778,97
	Porto	444,52
	Porto Santo, Madeira	272,35
	Prestwick	375,32
	Roma	1 142,15
	Salzburg	1 198,56
	Santa Maria, Açores	171,94
	Santiago, España	450,67
	Shannon	244,40
	Stuttgart	997,19
	Tenerife	537,13
	Toulouse-Blagnac	850,50
	Wien	1 247,96
	Zürich	1 123,01

**Beschluß Nr. 32**  
**über die Erhebung von Verzugszinsen**  
**bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren**  
**für den am 1. Januar 1996 beginnenden Erhebungszeitraum**

Die Ständige Kommission für Flugsicherung, erweitert um die Vertreter der am FS-Streckengebührensysteem beteiligten Nichtmitgliedstaaten,

gestützt auf das am 12. Februar 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit in der Flugsicherung (EUROCONTROL), insbesondere auf dessen Artikel 5 Absatz 2;

gestützt auf die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981, insbesondere auf deren Artikel 3 Absatz 2(e) und Artikel 6 Absatz 1(a);

gestützt auf die Anwendungsbedingungen des FS-Streckengebührensystems, insbesondere auf deren Artikel 11;

gestützt auf die Zahlungsbedingungen des FS-Streckengebührensystems, insbesondere auf deren Artikel 6,

faßt folgenden Beschluß:

**Einziges Artikel**

Der Satz der Verzugszinsen, die bei verspäteter Zahlung von FS-Streckengebühren ab 1. Januar 1996 erhoben werden, beträgt

8,69% pro Jahr.

Geschehen zu Brüssel am 11. Dezember 1995

**Moritz Leuenberger**  
Präsident der erweiterten Kommission

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolllarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn  
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 5,05 DM (3,10 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,05 DM.

Preis des Anlagebandes: 11,25 DM (9,30 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 12,25 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 · Entgelt bezahlt

### Hinweis

Der Jahrgang 1995 des Bundesgesetzblatts Teil II umfaßt die Ausgaben Nr. 1 bis Nr. 38 und endet mit der Seite 1072.

Als Anlagebände\*) zum Bundesgesetzblatt Teil II wurden ausgegeben:

- zur Ausgabe Nr. 2 vom 19. Januar 1995  
Revision 2, einschließlich der Berichtigung 1 der Revision 2, und die Änderung 1 der Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 7,  
Änderung 1 der ECE-Regelung Nr. 53,  
ECE-Regelung Nr. 87,  
ECE-Regelung Nr. 79 mit Anhängen 1 bis 4
- zur Ausgabe Nr. 8 vom 18. März 1995  
Anlage zur 5. RID-Änderungsverordnung
- zur Ausgabe Nr. 9 vom 25. März 1995  
Änderungen 1 und 2 der ECE-Regelung Nr. 57,  
Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 14 einschließlich Berichtigung 1,  
Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 30
- zur Ausgabe Nr. 16 vom 2. Juni 1995  
Revision 3 der ECE-Regelung Nr. 5,  
Änderung 6 zur Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 13,  
Revision 2 der ECE-Regelung Nr. 37 einschließlich der Berichtigung 1
- zur Ausgabe Nr. 17 vom 20. Juni 1995  
Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 83 einschließlich der Berichtigung 1
- zur Ausgabe Nr. 25 vom 30. August 1995  
ECE-Regelung Nr. 93
- zur Ausgabe Nr. 30 vom 30. September 1995  
ECE-Regelung Nr. 94
- zur Ausgabe Nr. 32 vom 28. Oktober 1995  
Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 48
- zur Ausgabe Nr. 35 vom 8. Dezember 1995  
Anlage zur 7. SOLAS-ÄndV
- zur Ausgabe Nr. 38 vom 30. Dezember 1995  
Anlage 1 zur Verordnung zur Inkraftsetzung der Änderungen der Anlagen A, B1 und B2 zur Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) ...

\*) Innerhalb des Abonnements werden die Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt. Außerhalb des Abonnements erfolgt die Lieferung gegen Kostenerstattung.